

# Chronikauszug der Länder-Analysen

## 02.03.2023 bis 02.03.2023

Zeitraum: 02.03.2023 bis 02.03.2023

Suchbegriff: --

Land: Polen

Datum der Suchabfrage: 29.03.2024

---

Polen	02.03.2023	Daniel Obajtek, Vorstandsvorsitzender des staatlichen Mineralölkonzerns PKN Orlen, versichert, es bestehe keine Versorgungslücke bei der Lieferung von Erdöl nach Polen. Der Hintergrund ist, dass Russland am 25. Februar seine Erdöllieferungen über die Druschba-Pipeline nach Polen gestoppt hat. PKN Orlen hatte erklärt, dass er den Import einstellen werde, wenn die Europäische Union entsprechende Sanktionen verabschiedet, andernfalls würde die vorzeitige Auflösung des Vertrags mit dem russischen Konzern Tatnieft hohe Strafzahlungen nach sich ziehen. In diesem Zusammenhang kritisierte Janusz Steinhoff, Wirtschaftsexperte der polnischen Arbeitgebervereinigung Business Centre Club (BCC) und ehemaliger Wirtschaftsminister, dass Polen im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Länder weiter Erdöl von Russland bezogen hat und zwischen September und Dezember 2022 mehr als 10 Milliarden Zloty und im gesamten Jahr 2022 72 Milliarden Zloty dafür aufgewendet hat. Dieses Vorgehen habe den von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen zwar nicht widersprochen, da diese eine Übergangsfrist beinhalten, so Steinhoff. Letztlich habe PKN Orlen aber ausgenutzt, dass das russische Erdöl billiger war als Lieferungen aus anderen Ländern.
Polen	02.03.2023	Die Umweltschutzorganisation Greenpeace Polska veröffentlicht einen Bericht zur Untersuchung der Wasserqualität im Einzugsgebiet der Oder und der Weichsel. Die Ergebnisse würden eindeutig zeigen, dass Kohlekonzerne in Oberschlesien (Górny Śląsk) mit ihren Abwassereinleitungen für die Katastrophe im Sommer 2022 verantwortlich seien, die zur ökologischen Zerstörung der Oder geführt hat. Leszek Pazderski, Experte für ökologische Politik bei Greenpeace, warnt vor einer Wiederholung der Situation im kommenden Sommer in der Oder sowie der Weichsel. Anna Meres (Greenpeace) sagt, die öffentlich zugänglichen Daten der staatlichen Hauptaufsichtsbehörde für Umweltschutz (Główny Inspektorat Ochrony Środowiska - GIOŚ) deckten sich mit den Untersuchungsergebnissen von Greenpeace, jedoch habe die GIOŚ daraufhin keine Schritte für den Schutz der Gewässer unternommen. Die Situation sei zusätzlich dadurch verschlimmert worden, dass das Ministerium für Klima und Umwelt den Kohlekonzernen geholfen habe, das geltende Umweltrecht in großem Ausmaß zu umgehen. Greenpeace beansprucht die Belohnung in Höhe von 1 Million Zloty, die die Regierung für Hinweise auf die Täter ausgelobt hat; die Summe will Greenpeace für Projekte im Nationalpark Unteres Odertal einsetzen.

---